Der Kita-Betrug

Erziehung Der Ausbau war rasant, auf der Strecke blieb die Qualität der Tagesstätten. Experten fordern bundesweite Mindeststandards. Die wollte Familienministerin Schwesig eigentlich auch, doch in ihrem neuen Qualitätsgesetz findet sich dazu nichts.

Kinder in der Kita Sonnenschein in Potsdam: An guten Tagen neun oder zehn Kleinkinder pro Erzieherin, an schlechten mehr

FOTO: ANN-KATRIN MÜLLER / DER SPIEGEL

Vergangenen Mittwoch war es wieder so weit, Constanze Friedrich musste alles stehen und liegen lassen und in ihre Kita eilen. Eine ihrer Mitarbeiterinnen hatte sich krankgemeldet, eine Erzieherin hätte auf 17 Kleinkinder aufpassen müssen. Also sagte die Leiterin der Potsdamer Kindertagesstätte Sonnenschein alle Termine ab und übernahm den Dienst selbst. Sie kennt das schon: „Das ist Alltag, dass wir uns das zurechtbiegen müssen."

Die Kita Sonnenschein gilt als Vorzeigeprojekt, sie wird vom Bundesfamilienministerium zusätzlich gefördert, das den Krippenausbau zu einer seiner wichtigsten Aufgaben erklärt hat. Wer auf die Website der Einrichtung geht, sieht viele fröhliche Kindergesichter. Maximal sechs Kinder unter drei Jahren teilen sich eine Erzieherin, so schreibt es das Kita-Gesetz in Brandenburg vor, aber das ist nicht die Wirklichkeit, auch nicht beim Sonnenschein: An guten Tagen kommen neun bis zehn Kinder auf jede Fachkraft, an schlechten mehr.

Sozialdemokratin Schwesig: Hinter die eigenen Erwartungen zurückgefallen

Friedrich leidet unter der Situation. Sie nimmt ihre Arbeit ernst und will, dass es den ihr anvertrauten Kindern gut geht. Aber auch die beste Erzieherin kann nicht allen zuhören und zehn Kindern gleichzeitig aufs Töpfchen helfen. Friedrich, schwarzer Kajalstrich, auberginefarbenes Haar und neun Ohrringe, vier rechts, fünf links, schüttelt resigniert mit dem Kopf: „So haut es hinten und vorne nicht hin."

Seit einem Jahr gilt in Deutschland der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Ein- und Zweijährige. Keine familienpolitische Aufgabe der vergangenen Jahre ist von Politikern aller Parteien für ähnlich wichtig befunden worden, keine andere sollte gleichzeitig so viele Probleme lösen: Mütter und Väter sollen endlich ohne schlechtes Gewissen aus dem Haus gehen können, Familie und Beruf sollen auch in Deutschland zusammenpassen, sozial benachteiligten Kindern der Bildungsaufstieg erleichtert werden. So wurde in der Kita-Welt gegründet, vergrößert und saniert, um die ehrgeizigen Pläne zu erfüllen.

Was den Ausbau angeht, ist das Land ein großes Stück vorangekommen. Vor anderthalb Wochen verkündete Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig einen neuen Rekord: 661 965 unter Dreijährige werden morgens zur Betreuung gegeben. Das ist ungefähr ein Drittel aller Kinder in dieser Altersgruppe. Und dabei wird es nicht bleiben: Der Kita-Ausbau gehe mit hohem Tempo voran, verkündete die Ministerin stolz. Der Bedarf werde zwar noch nicht ganz gedeckt, aber man sei auf einem guten Weg.

Doch Kinder sind keine Möbel. Es reicht nicht aus, sie in einen Raum zu setzen, es muss auch jemand da sein, der sich um sie kümmert. Kinder brauchen Zuwendung und Ansprache, je jünger sie sind, desto mehr. Gerade bei den unter Dreijährigen ist es nötig, dass die Erzieher die Entwicklungsschritte der Kleinen aufmerksam verfolgen können und dann entsprechend auf sie eingehen. Genügend gute Pädagogen sind der Schlüssel für den Erfolg frühkindlicher Bildung. Genau daran mangelt es aber.

Wie schlecht die Situation in Wahrheit ist, enthüllte am Freitag vergangener Woche eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. Nur in zwei Bundesländern, nämlich Bremen und Baden-Württemberg, ist eine quantitative Betreuung sichergestellt, wie sie Erziehungswissenschaftler empfehlen. Bei den Kleinen sollte ein Erzieher für höchstens drei Kinder verantwortlich sein, bei den Älteren wird ein Personalschlüssel von eins zu siebeneinhalb empfohlen. Legt man diese Anforderungen zugrunde, fehlen dem Land 120 000 Erzieher und Erzieherinnen. Rund fünf Milliarden Euro würde das zusätzliche Personal kosten, pro Jahr.

Was die Studie noch nicht berücksichtigt hat, ist die Zahl der Stellen, die in den kommenden Jahren neu besetzt werden müssen, weil Fachkräfte in Rente gehen oder einfach nicht mehr wollen. Bis zum Jahr 2025 sind das 200 000, wie die Technische Universität Dortmund berechnet hat.

Wie es in den Kitas wirklich aussieht, weiß natürlich auch Manuela Schwesig. Seit zehn Jahren macht die Sozialdemokratin Familienpolitik, 2008 wurde sie Ministerin in Mecklenburg-Vorpommern, seit Regierungsaufnahme von Schwarz-Rot ist sie es im Bund. Immer wieder hat sie gefordert, dass die Qualität bei der Betreuung verbessert werden müsse. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen versprach Schwesig im Dezember ein „Kita-Qualitätsgesetz", das endlich sicherstellen soll, dass die Kinder, die von ihren Eltern in Kindertagesbetreuung gegeben werden, dort nicht nur verwahrt werden.

Bislang hängt die Betreuungsqualität vom Zufall und der Haushaltslage der Bundesländer ab. Viele Experten mahnen seit Längerem eine bundesweite Regelung an, die zumindest sagt, für wie viele Kinder ein Erzieher verantwortlich sein darf, welche Qualifikationen das Personal braucht und wie die Weiterbildung auszusehen hat.

Schwesig will bald ein Gesetz für den Kita-Bereich vorlegen, an dem ihr Ministerium seit Monaten arbeitet. Im August soll der Text zur Abstimmung ins Kabinett. Das zehnseitige Papier trägt die Qualität im Namen, doch wer auf Mindeststandards hoffte, wird enttäuscht. Das „Gesetz zum qualitativen Ausbau in der Kindertagesbetreuung" legt lediglich fest, wie viel Geld die Länder vom Bund bekommen, wenn sie den Kita-Ausbau weiter vorantreiben.

In dem Entwurf ist viel von „Neubau", „Ausbau", „Umbau", „Sanierung" und „Renovierung" die Rede. Im Detail ist aufgelistet, wie man sich die Finanzierung vorstellt. Es wird zwischen „Gemeinschaftsfinanzierung", „Zusatzfinanzierung" und „Eigenaufwendungen der Länder" unterschieden. Auch Ganztagsangebote sollen von den 550 Millionen Euro, die das Gesetz an die Länder verteilt, gefördert werden.

Wer allerdings nach Qualitätsstandards sucht, der sucht vergebens. In keinem Satz wird ausgeführt, wie sich das Familien-

FOTO: BLEICKER / CARO

ministerium eine Betreuung vorstellt, die diesen Namen auch verdient. Das Einzige, was sich irgendwie unter dem Begriff Qualität verorten lässt, sind „Ausstattungsinvestitionen“: Wenn Kitas beim Ausbau auf Gesundheitsförderung oder die Barrierefreiheit achten, werden sie zukünftig gefördert. Besseres Mittagessen und mehr Hilfen für Behinderte, mehr findet sich nicht. Warum der Entwurf dennoch „Gesetz zum qualitativen Ausbau“ heißt, begründet Staatssekretär Ralf Kleindiek damit, dass diese Vorschriften die Qualität in Deutschlands Kindertagesstätten verbessern würden.

Ein Problem ist, dass Schwesig in den Gesprächen mit dem Finanzminister schlecht verhandelt hat. Sechs Milliarden Euro hatte der Bund den Ländern als Entlastung für den Bildungsbereich versprochen – für Kitas, Schulen und Hochschulen. So steht es im Koalitionsvertrag. Doch obwohl die Landesfamilienminister davon zwei Milliarden Euro für die Kitas forderten, kam Schwesig Ende Mai nur mit 550 Millionen Euro aus den Verhandlungen zurück. Für 2017 und 2018 sicherte sie noch einmal 100 Millionen Euro Betriebskosten. Für substanzielle Qualitätsverbesserungen reicht das bei Weitem nicht, selbst hinter der OECD-Empfehlung zur öffentlichen Kinderbetreuung bleibt Deutschland damit zurück. Um das OECD-Ziel von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erreichen, müssten Bund und Länder Jahr für Jahr ungefähr neun Milliarden Euro drauflegen. Dagegen steht die Schuldenbremse, die inzwischen in vielen Landesverfassungen verankert ist.

Immer mehr Eltern wollen oder müssen ihre Kinder in die Obhut staatlicher oder privater Betreuer geben. 41,7 Prozent der Eltern wünschten sich im vergangenen Jahr einen Kita-Platz, mehr als je zuvor. Doch vielen ist unwohl bei dem Gedanken, ihren Nachwuchs fremden Menschen zu überlassen, wenn sie feststellen müssen, dass für das Wohl der Kleinen nicht angemessen gesorgt werden kann.

Weil es keine verbindlichen Mindeststandards gibt, kann sich auch niemand darauf verlassen, dass immer ausreichend ausgebildete Erzieherinnen vor Ort sind. In jedem Land gibt es andere Regeln, wer mit welcher Ausbildung in Kindertagesstätten arbeiten darf. In Baden-Württemberg reichen bei bestimmten Berufen 25-tägige Schulungen, während die klassische Erzieherausbildung im Durchschnitt drei Jahre dauert. Kitas behelfen sich außerdem mit Quereinsteigern und Praktikanten.

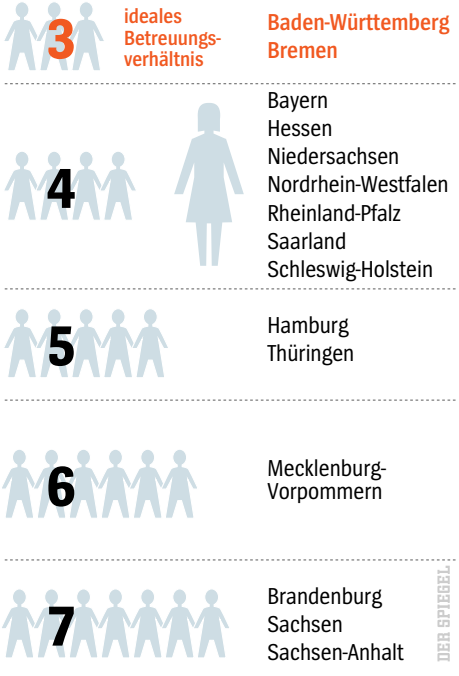
Manche Eltern greifen zur Selbsthilfe, um zu ersetzen, was in der Tagesstätte fehlt. Björn Wendel steht Tag für Tag eine Stunde früher auf, um seinen Zwillingen Frühstück zu machen. Eigentlich bekamen

Kita-Leiterin Friedrich, Kollege René Klostermann
„Haut hinten und vorne nicht hin“

sie das in ihrer Elbkinder-Kita in Hamburg-Harburg. Doch seit eine Praktikantin die Frühschicht übernahm und nur noch gelangweilt neben seinen Mädchen saß, aßen die Zwillinge nicht mehr richtig. Jeden Morgen schnibbelt er Äpfel und Bananen,

Weniger ist mehr

Kinder unter 3 Jahren pro Erzieher*



*Personalschlüssel ohne Leitungsstunden, mittlere Betreuungsquote in öffentlich geförderter Tagesbetreuung
Stand: März 2013, Quelle: Bertelsmann Stiftung

rührt Joghurt an und schmiert Brote. Kinder brauchten einfach Bezugspersonen und „nicht ständig wechselndes Personal“, murrt Wendel.

Der Trend geht genau in die andere Richtung. Weil die Personaldecke in vielen Einrichtungen so dünn ist, dass jede Krankheit oder Schwangerschaft den Dienstplan durcheinanderwirft, etabliert sich auch im Kita-Sektor die Zeitarbeit. Lange waren Kita-Leitungen skeptisch, weil sie das Personal nicht kannten. „Heute können die sich so eine Haltung gar nicht mehr leisten“, sagt Maike Gotthusen, die vier Jahre als Zeitarbeiterin hinter sich hat.

Gotthusen wollte sich nicht so eng an einen Träger binden. Immer wieder sah sie, wie viel Verantwortung man den jungen Leuten aus dem Freiwilligen Sozialen Jahr oder dem Bundesfreiwilligendienst übertrug, „viel mehr als gut war“. Wenn die Leitung ihre Bedenken nicht verstand, wechselte sie lieber die Kita als einfach danebenzustehen. „Im System ist der Wurm drin“, sagt Gotthusen. Man rackere sich ab, ohne die eigenen Qualitätsansprüche erfüllen zu können, das sei sehr frustrierend.

Für Anfang November hat Schwesig einen Kita-Gipfel angekündigt. Dort wolle sie mit Ländern, Kommunen, Gewerkschaften und Trägern in „einen regelmäßigen Austausch zu Struktur- und Qualitätsfragen“ treten, wie sie sagt. Mit konkreten Maßnahmen sollten die Teilnehmer allerdings nicht rechnen. Die Länder wehren sich vehement gegen verbindliche Standards, sie fürchten die Kosten. Und Schwesig hat dem wenig entgegenzusetzen. Alles, was mehr Personal und bessere Qualifizierung angehe, werde man „mittelfristig“ betrachten, heißt es aus ihrer Ressortspitze, also eher in der nächsten Legislaturperiode.

Zweifel an ihren Plänen hält Schwesig jedoch für unangebracht. Sie spricht von einem „wirksamen Paket für mehr und bessere Qualität in der Kindertagesbetreuung“. Außerdem, sagt sie, gehe sie davon aus, „dass weitere Länder dem guten Beispiel Niedersachsens folgen“.

Das gute Beispiel hat gerade der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil geliefert: Das Geld, das er einspart, weil der Bund ab nächstem Jahr die Bafög-Kosten übernimmt, will er den Kitas geben. Was Schwesig freut, hat Weil allerdings einen bösen Brief von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka eingehandelt. Darin ermahnt Wanka den Landeschef, die frei werdenden Mittel gefälligst für die Hochschulen einzusetzen, wie es verabredet war.

Auch so kann man Politik betreiben: Man holt aus einer Tasche heraus, was man dann in die andere hineinsteckt.

Ann-Katrin Müller

FOTO: ANN-KATRIN MÜLLER / DER SPIEGEL